

**N I E D E R S C H R I F T**

zur 41. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011

am Donnerstag, den 24.02.2011.

**Sitzungsbeginn:** 20:00 Uhr

**Sitzungsende:** 22:00 Uhr

**Anwesend:**

**CDU-Fraktion**

Heijo Hoß, Jost-Hendrik Kisslinger, Konrad Ammenhäuser, Christina Krantz, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl, Alexander Steiß, Elisabeth Wege

**SPD-Fraktion**

Stephan Wenz, Kurt Barth, Doris Knobloch, Siegfried Koch, Barbara Muzzolini, Jürgen Rabenau, Reiner Sauer

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Lydia Schneider

**FDP-Fraktion**

Christian Fischer, Gunter Heuser

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans Jakob Heuser, Hans-Heinrich Schmidt, Helle Grün

**Entschuldigt:**

**Von der Ohne Fraktion**

Lothar Potthoff

**CDU-Fraktion**

Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel

**SPD-Fraktion**

Werner Knobloch, Hans-Herbert Pletsch, Brunhilde Born

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Reinhard Ahrens, Ansgar Kraiker

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Winfried Laucht

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Helmut Paulsen, Karl-Heinz Kraft, Kurt Wenz, Thomas Nuhn, Otto Weimar, Dagmar Kemmerling, Helmut Wenz

**Entschuldigt fehlten:**

Stefan Bug, Reinhard Karber, Frank Dieffenbach, Helge Fuhr

**Schritfführerin:**

Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Antrag des SPD-Fraktion hinsichtlich alternativer Anschaffung von  
Stempelsets zur Durchsetzung des Jugendschutzes bei Veranstaltungen**  
31/20/2010/06-11
4. **Neukalkulation der Abfallgebühren;**  
**hier: II. Nachtrag zur Abfallsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**  
10/1/2011/06-11
5. **Neufassung der Entwässerungssatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**  
11/4/2011/06-11
6. **Haushaltssatzung 2011 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)  
und Haushaltssicherungskonzept**  
20/16/2010/06-11
7. **Eventuelle Rekommunalisierung der Stromnetze;**  
**hier: Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen**  
11/2/2011/06-11 1. Ergänzung
8. **Beitritt zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) zur Vorbereitung des  
Aufbaus einer flächendeckenden Breitbandversorgung im Landkreis Marburg-  
Biedenkopf**  
20/1/2011/06-11
9. **Antrag der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom 10.02.2011 bezüglich  
der Ausbesserung von Gemeindestraßen (Teeraktion)**  
41/4/2011/06-11
10. **Anfragen**
11. **Verschiedenes**

**Inhalt der Verhandlungen:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.00 Uhr die Gemeindevertreterversammlung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Peter Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie die Vertreter der Presse und die anwesenden Gäste.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 31 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 22 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Er gratulierte folgenden Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag:

Dr. Christian Dittrich, Hans J. Heuser, Rita Rohrbach, Elisabeth Wege, Matthias Happel, Siegfried Koch.

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag auf Änderung der Tagesordnung unter Aufnahme folgenden Tagesordnungspunktes:

„III. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und –gebührensatzung; hier: Erhöhung der Abwassergebühren“.

Der Fraktionsvorsitzende, Herr Stephan Wenz, erklärte zur Begründung, dass aufgrund des aktuellen Ankündigungsbeschlusses des Gemeindevorstandes hinsichtlich einer Anpassung der Abwassergebühren aus Sicht und nach Darstellung in der Sitzung des HFWA am 16.02.2011 nach wie vor keine sachlichen Gründe bestünden, auf eine Anpassung der Abwassergebühren in dieser Legislaturperiode zu verzichten. Die Gemeindevertreter der aktuellen Legislaturperiode seien hinsichtlich der vorliegenden Unterlagen vollumfänglich in der Lage, über eine Gebührenanpassung zu entscheiden. In diesem Zusammenhang weise die SPD-Fraktion darauf hin, dass die Arbeitsfähigkeit der künftigen Gemeindevertretung angesichts der evtl. noch zu beschließenden Verkleinerung der Ausschüsse nicht vor Ende Mai 2011 gegeben sei. Eine Entscheidung hinsichtlich Gebührenanpassung vor Ablauf der Gültigkeitsfrist des Ankündigungsbeschlusses zum 30.06.2011 wäre damit zum wiederholten Male gescheitert.

Fraktionsvorsitzender der FBW, Herr Hans J. Heuser, hatte Berechnungsbeispiele parat, wonach er darlegte, dass bei verschiedenen Fallbeispielen eine 4-köpfige Familie unter Umständen 421,-- bis 680,-- € jährlich an Abwassergebühren zu entrichten hätte, was einer Gebührenerhöhung von über 60 % entspräche.

Auch im Hinblick auf die vorgesehene Änderung der Abwasserbeitrags- und –gebührensatzung spreche seine Fraktion sich dafür aus, nicht jetzt in dieser Sitzung einen Schnellschuss vorzunehmen. In jedem Fall gebe es Klärungsbedarf, so dass seine Fraktion diesen Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung nicht beraten könne. Diese Meinung wurde von dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Jost-Hendrik Kisslinger, unterstrichen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Hoß, ließ sodann über den Antrag auf Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes auf die Tagesordnung abstimmen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Änderung der Tagesordnung unter Aufnahme des Tagesordnungspunktes: 3. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und –gebührensatzung; hier: Erhöhung der Abwassergebühren.

**Abstimmungsergebnis:** 13 Nein-Stimmen, 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung.  
Damit ist der Antrag auf Änderung der Tagesordnung abgelehnt.

## **2. Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters**

- a) Der Gemeindevorstand beschließt die Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben in Höhe von 2.300,-- € für die Beförderung der Kindergartenkinder in den kommunalen Kindergarten Roth.
- b) Der Gemeindevorstand stimmt der Errichtung einer Werbetafel an der B 3 für das Ringhotel Bellevue zu.

- c) Der Gemeindevorstand bestellt unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs Herrn Rolf Dörr zum Wahlleiter und Herrn Bürgermeister Peter Eidam zum stellvertretenden Wahlleiter für die Kommunalwahl und Volksabstimmung am 27. März 2011.
- d) Der Gemeindevorstand beschließt, das Kommunaldarlehen aus der Kreditermächtigung 2010 in Höhe von 127.850,-- € zum Zinssatz von 3,82 mit einer Laufzeit und Zinsfestschreibung von 20 Jahren aufzunehmen.
- e) Der Gemeindevorstand beschließt, das Bezugsgeld für das Mitteilungsblatt auf 4,50 €/Quartal festzulegen und den durchschnittlichen redaktionellen Teil von 17,5 Seiten nicht zu überschreiten.
- f) Der Gemeindevorstand beschließt, den neuen Bierbezugsvertrag für das Bürgerhaus/die Gaststätte in Roth mit der Krombacher Brauerei abzuschließen.
- g) Der Gemeindevorstand beschließt, die Probephase der Einrichtung eines Bürgerbusses bis zum 31.12.2011 zu verlängern.
- h) Bürgermeister Peter Eidam gab folgende Termine bekannt:
  - 1. Auftaktveranstaltung: Projektstudie vom FB: Projekt und Regionalplanung mit Dr. Bauer von der Universität Gießen am 15.04.2011, nachmittags.
  - 2. Vortrag im Dorfgemeinschaftshaus Allna im Rahmen der Dorferneuerung zu dem Thema „Gründung und Nutzen eines Trägervereins für Dorfgemeinschaftshäuser“. Er bat die Parlamentarier um Teilnahme, da dieses Vorhaben Modellcharakter haben könne für andere Bürgerhäuser in der Gemeinde.
  - 3. 27.03.2011 Kommunalwahl, danach vermutlich am 04.04.2011 die Sitzung des Wahlausschusses und am 28.04.2011 die konstituierende Sitzung.

**3. Antrag des SPD-Fraktion hinsichtlich alternativer Anschaffung von Stempelsets zur Durchsetzung des Jugendschutzes bei Veranstaltungen**  
Drucksache: 31/20/2010/06-11

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Lydia Schneider, berichtete von den Beratungen im Ausschuss. Es sei das Für und Wider der Handhabung mit Bändchen oder Stempelsets diskutiert worden. Einig sei man sich darüber gewesen, dass Manipulationen unter Umständen bei beiderlei Handhabung möglich seien. In jedem Fall müsse entsprechendes Personal zur Kontrolle bei Veranstaltungen eingesetzt werden. Hauptargument seien die Kostengründe gewesen, da die Anschaffung von Bändchen für die Vereine relativ kostspielig seien.

Letztendlich habe man sich darauf geeinigt, zur Probe ein Stempelset anzuschaffen und einzusetzen.

Der Ausschuss empfehle daher der Gemeindevertretung zu beschließen, probeweise ein Stempelset anzuschaffen, um die Handhabung in der Praxis zu testen.

**Beschluss:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, alternativ zur aktuellen Ampelbändchenregelung für die Durchsetzung des Jugendschutzes bei

Veranstaltungen zunächst zur Probe ein Stempelset anzuschaffen und dieses den Vereinen gegen Zahlung einer Kautions bei Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

**Beratungsergebnis:** 20 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 1 Stimmenthaltung

#### 4. **Neukalkulation der Abfallgebühren;**

**hier: II. Nachtrag zur Abfallsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache: 10/1/2011/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, erklärte, dass alle Fraktionen die Vorlage begrüßt hätten und der Ausschuss der Gemeindevertretung die Beschließung der Vorlage empfehle.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den II. Nachtrag zur Abfallsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn) in der vorliegenden Form.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

#### 5. **Neufassung der Entwässerungssatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache: 11/4/2011/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses berichtete von den Beratungen im Ausschuss:

Bürgermeister Eidam habe die gesetzlichen Vorgaben zur notwendigen Veränderung der Berechnungsgrundlage erläutert. Es sei im Ausschuss über das weitere Vorgehen und die Form der Flächenerfassung beraten worden und ob dies in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen erfolgen könne.

Bürgermeister Eidam habe mitgeteilt, dass bereits Gespräche mit Nachbarkommunen vorgenommen wurden und derzeit Kontakte mit der Stadt Kirchhain bestünden. Auch sei im Ausschuss darüber diskutiert worden, als Mitglied des Abwasserverbandes Marburg evtl. Synergieeffekte nutzen zu können und daher ein Interesse bei der Stadt Marburg anzumelden. Auch sei darüber beraten worden, dass eine Neufassung der Satzung mit Koppelung einer entsprechenden Gebührenanpassung erforderlich sei, um die Maßnahme durchführen zu können. Im Ausschuss sei darüber hinaus angeregt worden, dass bei einer evtl. Befliegung die Informationsmöglichkeiten für ein Baulückenkataster und Solareinrichtungen benutzt werden sollten. Auch sei von einem Mitglied des Ausschusses darauf hingewiesen worden, dass seines Erachtens die Abschreibungssumme im Abwassergebührenhaushalt in Höhe von 333.000,-- € für die Bürger eine Belastung darstelle und diese Summe nicht für den Instandhaltungsaufwand zur Verfügung stehe.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die vorliegende Beschlussfassung, so der Vorsitzende.

Herr Kurt Barth erklärte hinsichtlich der Abschreibungssumme, dass die Gemeinde hierauf keinen Einfluss habe und in der doppischen Buchführung Besitztümer entsprechend abzuschreiben seien. Herr Barth wies darauf hin, dass nicht nur die eingerechneten Summen für die vorgesehene Erhöhung im Bereich Abwasser fehlen, sondern die Gemeinde darüber hinaus erhebliche Aufwendungen im Hinblick auf die Ermittlung von Daten habe, die für die zu ändernde Entwässerungssatzung notwendig würden. Das Defizit werde also ansteigen, so dass spätestens nach der Kommunalwahl über eine Anhebung der

Abwassergebühren zu sprechen sei.  
Der Fraktionsvorsitzende der FBW, Herr Hans J. Heuser und Herr Jürgen Rabenau (SPD) diskutierten über die Vorgaben hinsichtlich der Abschreibungen und der Verwendung dieser Beträge.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt,

1. zur Herbeiführung von mehr Gebührengerechtigkeit die Entwässerungssatzung neu zu fassen.
2. in der Satzung erstmals Gebührenmaßstäbe sowohl für Schmutzwasser nach dem Frischwasserverbrauch als auch für Niederschlagswasser nach der bebauten und künstlich befestigten Grundstücksfläche aufzunehmen.
3. den Gemeindevorstand zu beauftragen, die für die Einführung der geänderten Abwassergebühr notwendigen Vorbereitungen zeitnah zu treffen.

**Beratungsergebnis:** 16 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 4 Stimmenthaltungen

**6. Haushaltssatzung 2011 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept**

Drucksache: 20/16/2010/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses berichtete über die Beratungen in diesem Gremium. Herr Heuser (FBW) habe sich im Namen seiner Fraktion bei der Verwaltung für die Klärung verschiedener Fragen im Vorfeld zu dieser Sitzung bedankt, so dass von seiner Fraktion keine Fragen mehr bestünden.

Herr Rabenau habe im Bereich des Hochwasserschutzes festgestellt, dass keine investiven Mittel vorgesehen seien, worauf Bürgermeister Eidam geantwortet habe, dass die Studie der Universität Kassel noch nicht vorliege und daher ein Umfang im Augenblick nicht zu beziffern sei.

Die Frage von Herrn Wenz nach der Ansatzhöhe für die Beseitigung von Straßenschäden und ob die vorgesehene Summe ausreichend sei, habe Bürgermeister Eidam darüber informiert, dass aufgrund eines aktuellen Förderprogrammes der Landesregierung mit zusätzlichen Einnahmen zur Beseitigung der Straßenschäden gerechnet werden könne.

Herr Möller habe im Ausschuss den Antrag gestellt, im Abwassergebührenhaushalt den Ansatz zur Gebühreneinnahme ohne den Erhöhungsanteil (195.000,- €) einzuplanen und den Ansatz für den Sanierungsaufwand um die gleiche Summe zu reduzieren. Dieser Antrag sei mehrheitlich angenommen worden. Er, der Vorsitzende, habe über den Vermerk bezüglich der veränderten Zahlen zum Finanzausgleich abstimmen lassen, der einstimmig beschlossen wurde.

Bezüglich des Stellenplanes habe Herr Möller die Reduzierung der erweiterten 2 Stellen in der Verwaltung, der beiden Bauhofstellen und der 2 Stellen in den Kindertagesstätten beantragt mit der Begründung, dass aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation die personellen Mehrkosten nicht aufgewendet werden können.

Herr Wenz habe darauf hingewiesen, dass für den Bereich des Bauhofes aufgrund vorliegender Arbeitslisten unzählige rückständige Arbeiten festgestellt wurden, was auf mangelndes Personal zurückzuführen sei.

Herr Heuser habe sich verstärkt für interkommunale Zusammenarbeit ausgesprochen und die Prüfung von privatisierten Maßnahmen, z.B. für die

Friedhofspflege, angeregt, da die Personalkosten höher seien als die Einnahmen.

Über den Stellenplan sei im Ausschuss weiter lebhaft diskutiert worden, so Herr Steiß.

Der Antrag von Herrn Möller auf Reduzierung der insgesamt 6 Arbeitsstellen sei mehrheitlich angenommen worden.

Zum Haushaltssicherungskonzept habe sich Herr Heuser auf die Kostenreduzierung für die Verwaltungsaußenstellen bezogen und eine Beschreibung zur Zusammensetzung der Einsparungssumme gefordert. Bürgermeister Eidam habe hierzu erläutert, dass vorwiegend Tätigkeiten, wie z.B. der Wegfall der Personalausweisanträge, nicht mehr von den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern durchgeführt werden können. Eine konkrete Aufstellung zu den einzelnen Maßnahmen sei noch vorzunehmen. Auch zu der Gebührenerhöhung für die Kinderbetreuung wünsche er sich eine nachvollziehbare Erläuterung. Bezüglich der längeren Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung sollten die Ortsbeiräte einbezogen werden. Zum Defizit ausgleich des Friedhofsgebührenhaushaltes könnte zur Reduzierung der Kosten die ehrenamtliche Tätigkeit der Bürger gefördert werden.

Zum Vorschlag bezüglich der Einführung einer Pferdesteuer habe Herr Heuser erklärt, dass er keine gültige Satzung dazu gefunden habe und nach seinem Dafürhalten eine Neueinführung rechtlich fraglich sei.

Frau Schneider von der Fraktion Bündnis 90/DieGrünen habe erklärt, dass die Maßnahmen aufstellung zum Haushaltssicherungskonzept entsprechende Vorschläge enthalten sollte, zu denen die Grundlagen für eine künftige Beratung und Beschlussfassung mitzuteilen sei, so z.B. die Kündigung des Vertrages bezüglich der Überwachung des ruhenden Verkehrs.

Herr Rabenau habe im Ausschuss noch einmal deutlich gemacht, dass es sich hier um ein Konzept handle, das im Entwurf Maßnahmen und Vorschläge enthalte und nun die Fraktionen gefragt seien, entsprechende Umsetzungen vorzunehmen und konkrete Anträge zu stellen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfehle der Gemeindevertretung, den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalt, Stellenplan, Investitionsprogramm) mit dem im Ausschuss beratenen und vorgenommenen Änderungen einschließlich des Entwurfes zum Haushaltssicherungskonzept zu beschließen.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass bei der derzeit vorhandenen Finanzausstattung der Gemeinde ihre Fraktion die Meinung vertrete, dass man hinsichtlich der Bindung für weitere unbefristete Stellen zurückhaltend sein sollte. Das bedeute, dass ihre Fraktion sich dafür ausspreche, die betreffenden Stellen zunächst mit befristeten Arbeitsverträgen zu besetzen. Das sei natürlich für die Betroffenen keine schöne Situation, doch gehe man letztlich auch mit dem Geld kommender Generationen um und so sei Sparsamkeit ein oberes Gebot.

Für die Gemeinden stünden weitere Themen im Sozialbereich an, wie die Seniorenpolitik und die geforderte Moderation Bürgerschaftlichen Engagements, ebenso natürlich auch die Jugend- und Sozialpolitik. Auch die Ortskernpolitik werde finanzielle Mittel erfordern. Das seien nur beispielhafte Punkte, die ihrer Fraktion am Herzen liege.

Aus den vorgenannten Gründen werde ihre Fraktion den Veränderungen im Stellenplan zustimmen.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) erklärte, dass die Korrektur des § 7, wo die Höchstgrenzen bei überplanmäßigen Aufwendungen auf 10.000,-- und außerplanmäßigen Ausgaben auf 5.000,-- € festgelegt wurden, die von dem ehemaligen Bürgermeister Muth angekündigten Sondersitzungen nun doch nicht notwendig geworden seien.

Er danke der Verwaltung für die Klärung der von seiner Fraktion aufgeworfenen Fragen.

Hervorheben möchte er, dass der Forderung seiner Fraktion, vom Haushalt des vergangenen Jahres die Ansätze um 10 % zu senken, überwiegend Folge geleistet wurde. Auch die Beschlussfassung des Parlamentes aufgrund des Antrages seiner Fraktion bezüglich der 10 %igen Senkung der Abfallgebühren sei ein positives Signal im Haushalt.

Seine Fraktion bitte allerdings, die vorgesehene Erhöhung im Bereich der Abwassergebühren herauszunehmen. Im Hinblick auf einen Haushaltsdefizit von über 1 Mio. €, und da die Personalkosten höher seien als die bereinigten Einnahmen, werde seine Fraktion sich gegen die Aufnahme der 6 unbefristeten Stellen im Stellenplan aussprechen. Allerdings könne sich seine Fraktion für eine vorübergehende Aufstockung des Stellenplanes für die Erledigung der doppischen Arbeiten aussprechen.

Zu den Ausführungen der SPD-Fraktion im Ausschuss erklärte Herr Heuser, dass er sich die möglichen künftigen Kindergartenzahlen angesehen habe. So müsse man im Kindergarten Niederwalgern für 2011 mit 79 Kindern und 2013 eine Reduzierung auf 71 Kindern feststellen, vorhanden seien 75 Plätze. Im Kindergarten Roth seien es in 2011 38 Kinder und in 2013 lediglich noch 23 Kinder. Vorhanden seien 50 Plätze.

Im Kindergarten Oberweimar seien es in 2011 31 Kinder und in 2013 lediglich noch 28, vorhandene Plätze 45. Insgesamt könne man hier von einem Rückgang von fast 20 % sprechen.

Seine Fraktion könne unter diesen Voraussetzungen und Prognosen nicht 2 weitere unbefristete Stellen schaffen.

Bezüglich des Bauhofes plädiere seine Fraktion für eine interkommunale Zusammenarbeit. Auch sollte die Privatisierung der Grünflächenpflege, Friedhöfe usw. angestrebt werden und hier das ehrenamtliche Engagement gefördert werden. Seine Fraktion könne daher der Schaffung 2 weiterer Stellen im Bereich des Bauhofes nicht zustimmen.

Bezüglich des Haushaltssicherungskonzeptes weise er noch einmal auf die Bestimmungen der Kommunalaufsicht hin, wonach belegbare Maßnahmen in dieses Sicherungskonzept aufzunehmen seien, die auch umzusetzen seien. Er sprach hier die Kosten für die Verwaltungsaußenstellen und die Aufwendungen im Bereich der Überwachung des ruhenden Verkehrs an. Im Bereich der Kindergärten sei in dem Konzept von einer Erhöhung der Kindergartengebühren die Rede. Er stelle sich die Frage, ob diese Gebühren kalkuliert seien auf die bereitgehaltenen oder die tatsächlich besetzten Plätze. Das gleiche gelte für Liegenschaften und die Straßenbeleuchtung. Bezüglich der angeführten Pferdesteuer komme er noch mal auf seine Ausführungen im Ausschuss zurück. Seine Fraktion habe keinen rechtssicheren Entwurf für die Erhebung einer Pferdesteuer ausfindig machen könne.

Seine Fraktion erwarte von dem Bürgermeister, dass ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt werde mit entsprechenden Vorlagen und Berechnungen, damit über die einzelnen Positionen des Haushaltssicherungskonzeptes und Einsparungsmöglichkeiten diskutiert werden könne. Seine Fraktion werde, wenn auch mit Vorbehalten, unter Herausnahme

der 6 vorgesehenen Stellen im Stellenplan und der Herausnahme der eingestellten Abwassergebühren, dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf zustimmen.

Sodann erhielt der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Christian Fischer, das Wort.

Seine Fraktion bedanke sich zunächst bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit, die zur Erstellung des Haushaltsentwurfes nötig war.

Da das Gremium der Gemeindevertretung in der laufenden Legislaturperiode in dieser Zusammensetzung das letzte Mal zusammengetreten sei, wolle er allen Fraktionen für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren danken. Eine Zusammenarbeit, die sicher nicht frei von Meinungsverschiedenheiten, aber dennoch stets kollegial gewesen sei mit dem Ziel, unsere Gemeinde ein Stück mitzugestalten und zu prägen.

Die kommunale Finanzsituation habe sich nicht radikal verbessert.

Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen seien hier die Themenkomplexe sowie die Erkenntnis, dass eine Kommune dauerhaft nicht mehr ausgeben könne als sie einnehme. Sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite sei eine gewisse Kreativität vonnöten. Seine Fraktion sehe dabei die Einführung neuer Steuern als wenig kreativ, denn Ziel sollte es nicht sein, die Einnahmeseite durch einen beherzten Griff in die Tasche des Bürgers aufzuwerten.

Die Diskussion zum Stellenplan, so Herr Fischer, begleite das Parlament nun bereits durch mehrere Haushaltsberatungen. Es gelte abzuwägen zwischen langfristig aufgestelltem Personalapparat und dem Erhalt einer gewissen Flexibilität. Schaffe man diese neuen Stellen nicht dauerhaft und nur die gehören in den Stellenplan, so müssten dennoch kommunale Leistungen und die Handlungsfähigkeit nicht darunter leiden. Man schaffe sich vielmehr Möglichkeiten eines Spielraumes und die Möglichkeit, auf demografische oder strukturelle Aspekte flexibler zu reagieren.

Auch das Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit und deren Bedeutung und Notwendigkeit gelte es zu forcieren. Seine Fraktion traue dem Bürgermeister, der ja aus der Privatwirtschaft komme, zu, in diesem Bereich verlässliche Zusammenarbeit mit anderen Kommunen einzubringen.

Seine Fraktion verstehe das Haushaltssicherungskonzept nicht als umzusetzendes Faktum, sondern als Sammlung möglicher Herangehensweise und Aspekte, die die Verwaltung den Mandatsträgern an die Hand gebe.

Dennoch entbinde dieses Verständnis als Ideengeber das Parlament nicht von der Pflicht, sich auch mit dieser Thematik zu befassen.

Bei den Diskussionen über Pflichtaufgaben, freiwilligen Leistungen, Einnahmen und Ausgaben, müsse man jedoch aufpassen, sich nicht in Kleinigkeiten zu verlieren und sich mit Papier und gespitztem Bleistift ins Hinterzimmer zur großen Streichaktion zurückzuziehen. Bei aller Konzentration auf den Status quo dürfe man nicht die Zukunft aus dem Blick verlieren, so Herr Fischer weiter.

Für seine Fraktion bedeute das immer die Vorstellung, den Blickwinkel auf eine zukunftsfähige und familienfreundliche Gemeinde Weimar gerichtet zu haben.

Es gelte, Spielräume zu nutzen, die noch da seien oder zu ergründen, wo wir sie wieder erlangen. Unsere Gemeinde brauche Zukunft und sie könne Zukunft haben. Garant für die Zukunft dieser Gemeinde seien die Kleinsten, also Attraktivität für junge Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Möglichkeit, individuelle Lebensentwürfe umzusetzen. Möglichst nicht irgendwo, sondern hier bei uns in einer familienfreundlichen Gemeinde.

Der Vorsitzende erteilte dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Jost-Hendrik Kisslinger, das Wort:

Nun liege der 3. doppische Haushalt der Gemeinde vor und er bedanke sich zunächst bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die umfangreichen Arbeiten und die Erstellung der Unterlagen.

Seine Fraktion, so Herr Kisslinger, hätte befürwortet, wenn der ausgeschiedene Bürgermeister Muth seinem Nachfolger die Möglichkeit gegeben hätte, seinen eigenen Haushalt einzubringen, so wie es Ehrenbürgermeister Karl Krantz in 2004 praktiziert habe.

Durch veränderte und zusätzliche Schlüsselzuweisungen durch die Landesregierung könne ein etwas verminderter Fehlbetrag in Höhe von 1.379.994 € ausgewiesen werden. Der größte Posten bei diesem Fehlbetrag mache die Abschreibung des Anlagevermögens in Höhe von 669.190,-- € aus, eine Position, auf die die Gemeinde keinen Einfluss nehmen könne. So komme es in Zukunft immer mehr darauf an, mit Maß und Weitsicht zu wirtschaften, um die Haushaltssituation zu entschärfen.

Seine Fraktion müsse jedoch feststellen, dass ihrem Wunsch nach Klarheit hinsichtlich des Zahlenwerkes nicht nachgekommen wurde. Andere Kommunen seien hier weit voraus. Hier finde man oftmals Erläuterungen bei wichtigen und größeren Veränderungen einzelner Positionen. Seine Fraktion wünsche sich, dass in kommenden Haushalten hierauf geachtet werde, da es den Kommunalpolitikern die Auseinandersetzung mit den Unterlagen erleichtere. Bei dem Zahlenwerk handele es sich größtenteils um Fortschreibungen des letztjährigen Zahlenwerkes. Richtungsweisende Ideen und Konzepte suche man vergebens. Hier vertraue man bezüglich der kommenden Haushalte auf den neuen Kämmerer Peter Eidam.

Die einzige Änderung, so Herr Kisslinger, die im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorgenommen wurde, sei die Reduzierung der kalkulierten Mehreinnahmen im Abwasserbereich gewesen. Leider hätten die Ausführungen des Ausschussvorsitzenden, der eine Stellungnahme der Gemeindeverwaltung zur Tagesordnung vorgetragen habe, wenig Gehör gefunden. Die Erläuterungen hätten unmissverständlich klargemacht, dass der geplante Punkt „Änderungen zur Abwasserbeitrags- und –gebührensatzung“ nicht zur Beratung vom antragstellenden Gemeindevorstand vorgesehen werde und auch keinen Sinn mache, da aktuell ein Widerspruch gegen die Abwassergebührensatzung vorliege, so dass die Berechnung der Gebühr künftig nicht mehr nach dem Frischwasserbezug zulässig sei und die Folgen der nicht einschätzbaren Dimension des Widerspruchs nicht absehbar seien.

Aufgrund der Diskussionen im Ausschuss wolle er hier noch einmal deutlich machen, dass der Kämmerer den Entwurf zur Haushaltssatzung dem Gemeindevorstand vorlege, dieser ihn feststelle und ihn zur weiteren Beratung und Beschlussfassung der Gemeindevertretung überweise. Eine Auseinandersetzung mit diesem Werk, also auch des Stellenplanes, geschehe im Gremium der Gemeindevertretung.

Wie bereits in dem vergangenen Jahr, seien auch diesmal wieder die Stellen erschienen, die im vorletzten Jahr mehrheitlich vom Parlament abgelehnt und herausgenommen wurden. Allerdings sei in diesem Jahr noch eins draufgesetzt worden, indem nicht 4, sondern 6 neue Stellen im Stellenplan aufgenommen wurden. Im Hinblick auf die gegenwärtige finanzielle Situation sei dies von seiner Fraktion einfach nicht nachvollziehbar und wirtschaftlicher Wahnsinn. Bezüglich der 2 im Kindergartenbereich zusätzlich vorgesehenen unbefristeten Stellen im Stellenplan erklärte er, dass diese Stellen nach Auskunft der Verwaltung seit

längerer Zeit bereits befristet besetzt seien. Es gehe also nicht darum, dass Tätigkeiten eingestellt werden müssen oder nicht erledigt werden können, nur weil der Ausschuss sich mehrheitlich für die Streichung der 6 neuen Stellen im Stellenplan aussprach. Dies sei schlichtweg falsch.

Wenn man hieraus ein Absinken der Attraktivität der Gemeinde für die Bürger abzuleiten versuche, sei dies absurd und realitätsfremd.

In finanziell ernsten Zeiten obliege es in der Aufgabe des Bürgermeisters, Spitzen in einzelnen Aufgabenbereichen abzufangen und neue personelle Konzepte und Ideen der Aufgabenbewältigungen in einzelnen Abteilungen zu erstellen. Zeitlich sachgrundbefristete Beschäftigungen oder gar externe Hilfestellungen seien hier probate Mittel.

So stehen nach Meinung seiner Fraktion die Erweiterungen im Stellenplan im völligen Widerspruch zu den beschriebenen Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept. Zusätzliche Personalkosten, die langfristig Mittel binden, könne sich die Gemeinde hier nicht leisten. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung müsse man auch die demografische Entwicklung im Auge haben.

Für die vorhandenen Stelleninhaber müsse künftig ein attraktives Arbeitsfeld mit guter Zusammenarbeit aller Beteiligten in positiver Arbeitsatmosphäre vorherrschen, um Entwicklungen der Vergangenheit zu vermeiden. In diesem Zusammenhang verwies Herr Kisslinger noch einmal auf die beiden jungen Mitarbeiter, die in der Verwaltung aus- und fortgebildet wurden, diese aber verließen und zu einer anderen Kommune wechselten.

Das Haushaltssicherungskonzept, das der Kommunalaufsicht vorzulegen sei, müsse die Ursachen eines nicht ausgeglichenen Ergebnishaushaltes beschreiben, das Konsolidierungsziel festlegen und konkrete Maßnahmen zur Erreichung des Zieles benennen. Seine Fraktion sei froh, dass das mangelhafte und lückenhafte Haushaltssicherungskonzept vom vergangenen Jahr überarbeitet und erweitert wurde, so dass es der Prüfung der Kommunalaufsicht standhielt. Künftig müsse allerdings darauf geachtet werden, dass es sich hierin nicht um pauschale Absichtserklärungen handele, die dann auch nicht umgesetzt würden. Hier müssten messbare Maßnahmen eingeleitet werden, die im Ergebnis nachprüfbar seien.

Er spreche hier eine benannte Maßnahme an, nämlich die Kündigung des Vertrages zur Überwachung des ruhenden Verkehrs, da es zur Reduzierung von Verstößen gekommen sei. Fakt sei allerdings, dass bereits in den vergangenen Monaten der ruhende Verkehr überhaupt nicht mehr kontrolliert wurde und dass der Vertrag schon zum 01. April 2010 gekündigt wurde.

Auch hier werde wieder die interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen angeführt, um „eine Prüfung und Abstimmung des jeweiligen Bedarfes mit den evtl. Ressourcen im Detail“ vorzunehmen.

Damit dieser Begriff, so Herr Kisslinger, nicht wieder als reine Worthülse ohne Inhalt und ohne Konzept darstehe, werde dies eine der großen Herausforderungen für den neuen Bürgermeister Peter Eidam sein.

Hier müssten dringend Konkretisierungen erfolgen. Die ersten Fäden seien nach Auskunft des Bürgermeisters im Ausschuss bereits gesponnen, da eine Reihe von Gesprächen mit anderen Kommunen für verschiedene Bereiche stattgefunden hätten. Dies stimme seine Fraktion positiv, denn nur ein Miteinander könne eine win-win-Situation für alle entstehen lassen. Ein weiterer Schwerpunkt liege künftig auch in der Vermarktung der gemeindlichen Gewerbeflächen. Hier seien aktuell keine Entwicklungen zu verzeichnen. Die Flächen lägen brach, während sich z.B. in der Nachbargemeinde Fronhausen

eine positivere Entwicklung abzeichne. Hier müsse eine Veräußerung an potenzielle Interessenten mit einer für die Gemeinde und ihre Bürger verträglichen Gewerbeansiedlung forciert werden. Die Gemeinde habe gute Verkehrsanbindungen und das müsse genutzt werden.

Insgesamt betrachte er seine Fraktion leider eine Situation, wonach künftig alle Leistungen überprüft und neu bewertet werden müssen, allerdings vor dem Hintergrund, unsere Gemeinde lebenswert zu gestalten. Es müsse auch künftig weiterhin oberste Priorität sein, die Pflichtaufgaben mit den vorhandenen Mitteln vorrangig zu erfüllen. Die freiwilligen Leistungen müssten, wie von der Kommunalaufsicht gefordert werden, auf den Prüfstand, allerdings mit einem sozialverträglichen Hintergrund. Es dürfe zu keinem Kahlschlag kommen. Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt mit dem im Ausschuss vorgenommenen Änderungen im Stellenplan sowie der ebenfalls dort verabschiedeten Herausnahme der Mehreinnahmen im Abwasserbereich, für die zum jetzigen Zeitpunkt keine rechtliche Grundlage bestehe, zustimmen.

Im Anschluss wurde Herrn Jürgen Rabenau (SPD) das Wort erteilt:

Der Fehlbetrag des vorliegenden Haushaltswerkes belaufe sich auf rd. 1,38 Mio. €. Natürlich sei in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses wie immer die Rede von einer dramatischen Haushaltssituation gewesen.

Der Haushalt 2010 habe einen Fehlbetrag von 1,34 Mio. € enthalten. Nicht nur die Fehlbeträge, auch die Gründe hierfür gleichen sich und seien hinlänglich bekannt.

Die Fremdbestimmung des kommunalen Haushaltes, sei es durch Doppik (Absetzung für Abnutzung oder auch besser bekannt als Abschreibung), Umlagen oder Steuerausfälle, minimieren den gestalterischen Rahmen enorm, so Herr Rabenau. Dies sei allerdings nicht nur bei der Gemeinde Weimar Merkmal.

In ganz Hessen sei die Finanzsituation auf kommunaler Ebene unbefriedigend und es sei bitter, mit ansehen zu müssen, dass Kreis und Land versuchen, sich über die Kommunen zu sanieren.

1,3 Mio. € Defizit sei gewiss kein Pappentier und bestimmt auch nicht zu ignorieren, dennoch sehe seine Fraktion keine Veranlassung, von einer dramatischen Situation zu sprechen. Nach seiner Meinung werde hier gezielt mit den Ängsten der Bürger gespielt. Das sei Wahlkampf auf niedrigstem Niveau. Natürlich trage der vorliegende Haushalt die Handschrift von Volker Muth. Dennoch solle man daran denken, dass dieser Entwurf nach Beratung im Gemeindevorstand einstimmig zur Beratung an das Parlament weitergegeben wurde. Wenn man sich den Gesamtergebnisplan, den Gesamtfinanzplan, das Investitionsprogramm, die Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung des vorliegenden Entwurfes anschauere, stelle man schnell fest, dass hier nichts weltbewegendes passiere. Es sei gelungen, die wesentlichen Elemente, die unsere Gemeinde ausmachen, am Leben zu erhalten. So würden Standortfaktoren wie z.B. Familie, Bildung und Gemeinwesen im Rahmen der Möglichkeiten aufrechterhalten.

Seine Fraktion sei der festen Überzeugung, dass nur die gezielte und verantwortungsvolle Investition in Familie und Gemeinwesen die Attraktivität unserer Gemeinde steigern und aufrechterhalte. Denn das garantiere neue Mitbürger und neue Mitbürger mildern und egalisieren sogar die prognostizierten Folgen des demografischen Wandels.

Und festzustellen sei, dass teilweise die Kommunen bereits den offenen und direkten Wettbewerb untereinander suchen.

Nach Meinung seiner Fraktion seien die großen Chancen zur Sanierung des Haushaltes durch die Nichtveräußerung der innerörtlichen Abwasseranlagen verspielt worden, aber auch notwendige Maßnahmen zur vorgeschriebenen Kostendeckung von Gebührenhaushalten würden seit fast 3 Jahren mit fadenscheinigen Begründungen im Abwasserbereich vor sich hergeschoben.

Nach Meinung seiner Fraktion sei die Begründung, die per Ankündigungsbeschluss notwendige Gebührenerhöhung im Abwasserbereich aufgrund eines Widerspruchs im Bereich der Entwässerungssatzung erneut zu vertagen, lächerlich. Man sollte die Bürger hier nicht verschaukeln, so Herr Rabenau.

Es gehöre zur Verantwortung aller, auch unangenehmen Tatsachen ins Auge zu schauen und diese zu kommunizieren. Unentschlossenheit und wahltaktische Heuchelei sei hier kontraproduktiv. Die Außenwirkung, die das Parlament gerade in der Abwasserfrage erzeuge, bekräftige umso mehr, warum eine solche hohe Diskrepanz zwischen Bürger und Politik herrsche.

Seine Fraktion habe schon immer deutlich gemacht, dass der Stellenplan ein ureigenes Bild des Kämmerers und Gemeindevorstand zur personellen Abdeckung von Leistungen des kommunalen Apparates widerspiegele. Seine Fraktion sehe es aber nicht als ihre Aufgabe, die Stellenplanung in Frage zu stellen. Gemessen werde die Kommune letztendlich an der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben. Wie dies der Kämmerer erledige, könne dem Parlament egal sein.

Seiner Fraktion sei klar, dass man personelle Höchstleistungen nicht in einem befristeten Umfeld erzielen könne, ganz zu schweigen von der Motivation oder gar Identifikation des Einzelnen in einem Betrieb, welcher auf zeitlich befristete Verhältnisse setze.

Seine Fraktion halte daher den Ansatz, die bisher befristeten Arbeitsverhältnisse oder als Überstunden in Kauf genommenen Leistungen in unbefristete bzw. korrigierte Arbeitszeitverträge zu überführen, für richtig. So könne seine Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion, wie er im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss gestellt wurde, nicht Folge leisten.

Seine Fraktion sei erstaunt, dass Bürgermeister Eidam bezüglich des Stellenplanes keinen Kommentar bzw. kein Statement abgegeben habe. Er habe erklärt, dass er ein Mann des Dialogs und der konstruktiven Diskussion sei. Seine Fraktion hätte eine Meinung des Bürgermeisters, sei sie pro oder contra, erwartet.

Das Haushaltssicherungskonzept beschreibe mögliche Ansätze zur Konsolidierung des defizitären Haushaltes.

Das Konzept liefere keinesfalls abstimmungsfähig Anträge, wie von seiner Fraktion gefordert. Es sei Aufgabe des Parlamentes, eine sinnvolle Lösung zur Haushaltskonsolidierung zu finden.

Klarstellen wolle er, dass es mit der SPD keine Maßnahme geben werde, welche zu Einschnitten oder Streichungen der Freiwilligen Leistungen im Bereich Familie, Jugend oder Gemeinschaft führen werden. Dies führe unweigerlich zum Verlust an Attraktivität unserer Kommune und damit deutlich zu einem Wettbewerbsnachteil..

Schließen wolle er, so Herr Rabenau, mit ein paar persönlichen Anmerkungen.

Mit dieser Gemeindevertretersitzung ende auch die Legislaturperiode, welcher er als Gemeindevertreter angehören durfte. Angetreten sei der damals mit dem Anspruch, endlich mal nicht mehr zu lawern, sondern auch etwas zu tun. Was sei davon geblieben? Er habe viel gelernt: Demokratische Mehrheitsfindung sei schwierig und langwierig, vermeintliche Demokraten scherzen sich einen Dreck um Mehrheitsentscheidungen. Taktieren sei wichtig, auch wenn einem die Galle hochkomme. Daraus verlieren die Wähler das Vertrauen in die Politik, Frustration gehöre zum Geschäft. Aber weggelaufen werde nicht. Denn nur wer mitarbeite, der könne auch etwas ändern.

Die SPD-Fraktion der Gemeinde Weimar (Lahn) werde dem Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2011 mit den im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschlossenen Änderungen, insbesondere im Bereich des Stellenplanes, nicht zustimmen.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass er sich ebenfalls gewünscht hätte, dass Bürgermeister Eidam zu dem Stellenplan und den vorgesehenen Änderungen Stellung beziehen würde.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass er sich zunächst weiterhin einen Überblick über die personelle Situation, die Arbeitsbereiche, die Anforderungen und den Arbeitsplatzbedarf verschaffen müsse. Natürlich sei ihm bekannt, dass im Bereich des Bauhofes viele unerledigte Arbeiten aufgrund des hohen Krankenstandes zu Buche stehen. Selbstverständlich müsse dies geprüft und nach Prioritäten abgearbeitet werden.

Bürgermeister Eidam bat um Verständnis dafür, dass er im Augenblick aufgrund der Kürze seiner Amtszeit noch einen hohen Informationsbedarf habe, sei sich aber sicher, dass er sich den richtigen Ansatz erarbeiten werde

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalten, Stellenplan, Investitionsprogramm) mit den im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorgenommenen Änderungen einschließlich des Entwurfes zum Haushaltssicherungskonzept.

**Beratungsergebnis:** 15 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen,

### **7. Eventuelle Rekommunalisierung der Stromnetze; hier: Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen** Drucksache: 11/2/2011/06-11 1. Ergänzung

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steitz, erklärte, dass Bürgermeister Eidam im Ausschuss den Sachverhalt erläutert und die Möglichkeit angeregt habe, sachkompetente Bürger in die Beratungen einzubinden. Es sei vereinbart worden, zunächst eine kurzfristige Terminierung für die erste Versammlung vorzunehmen.

Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender derFBW) fragte an, ob es möglich sei, vorab den Fraktionen die Vertragsentwürfe zukommen zu lassen, um eine entsprechende Vorbereitung zu gewährleisten.

Dies wurde von Bürgermeister Eidam zugesagt.

Ein Termin für die erste Versammlung konnte noch nicht festgelegt werden.

**Beratungsergebnis:** Ohne Abstimmung

**8. Beitritt zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) zur Vorbereitung des Aufbaus einer flächendeckenden Breitbandversorgung im Landkreis Marburg-Biedenkopf**

Drucksache: 20/1/2011/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, erläuterte, dass im Ausschuss die Beschlussempfehlung ergänzt wurde, da die Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister im Landkreis noch einen „Beschlussvorschlag“ ergänzend erarbeitet habe, der neben dem Beschlussvorschlag des Ausschusses unter Nr. 3 der Beschlussempfehlung noch mit aufgenommen wurde.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt,

1. Die Gemeindevertretung beschließt, der zu gründenden „Breitband Marburg-Biedenkopf GbR“ auf der Grundlage des in der Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrages beizutreten. Gesellschafter sind die sich erklärenden Städte und Gemeinden im Landkreis und der Landkreis Marburg-Biedenkopf.
2. Für die Leistung der von der Gemeinde zu erbringenden Kapitaleinlage wird eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 556 Euro beschlossen.
3. Der Beitritt erfolgt unter dem Vorbehalt der rechtlichen Zulässigkeit der Beteiligung der Kommune an dieser Gesellschaft bürgerlichen Rechts durch die Finanz- und Kommunalaufsicht des Landkreises Marburg-Biedenkopf.

**Beratungsergebnis:** 17 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen

**9. Antrag der Fraktion der Freien Bürgerliste Weimar vom 10.02.2011 bezüglich der Ausbesserung von Gemeindestraßen (Teeraktion)**

Drucksache: 41/4/2011/06-11

Der Fraktionsvorsitzende der FBW stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird gebeten, mit den Nachbarkommunen, in erster Linie Lohra und Fronhausen, in Kontakt zu treten und die Möglichkeiten einer gemeinsamen Teeraktion zur Erhaltung unserer Gemeindestraßen zu prüfen. Die Ergebnisse sollen der Gemeindevertretung mitgeteilt werden.

Zur Begründung führte Herr Heuser an, dass in jedem Ortsteil Gemeindestraßen in schlechtem Zustand seien. Durch eine gemeinsame Auftragsvergabe könne ein größeres Volumen erreicht werden. Dies führe bei einem räumlich begrenzten Umfang sicher zu einem Spareffekt für alle Beteiligten. Die Notwendigkeit solcher Erhaltungsmaßnahmen werde wohl niemand ernsthaft bezweifeln. Entsprechender Bedarf werde fortlaufend von den Ortsbeiräten gemeldet.

Herr Kisslinger (CDU) erklärte, dass dies ein klassisches Beispiel für

interkommunale Zusammenarbeit sei. Seine Fraktion unterstütze in jedem Fall dieses Vorhaben. Inzwischen sei ja bekannt geworden, dass die Hessische Landesregierung ein Programm aufgelegt habe, wodurch die Gemeinden finanziell unterstützt werden bei der Reparatur der Schlaglöcher. Es handele sich hier um einen Betrag von knapp 120.000,-- €

Auch Herr Wenz (SPD) sagte seine Unterstützung zu. Er bat jedoch darum, diesen Antrag wie folgt zu ergänzen: Schnellstmögliche Aufnahme und Klassifizierung der vorhandenen Schäden, damit die Höhe der Schäden insgesamt ermittelt werden könne.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass er mit den Gemeinden Lohra und Fronhausen bereits gesprochen habe. In Fronhausen sei bereits ein Vertrag mit einem Unternehmer zur Beseitigung der Schäden geschlossen worden. In Lohra seien die Schäden bereits aufgenommen worden, eine Behebung allerdings noch nicht beauftragt. Hier könnte mit Lohra eine Zusammenarbeit möglich werden.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt:

Der Gemeindevorstand wird gebeten, mit den Nachbarkommunen –in erster Linie Lohra und Fronhausen, in Kontakt zu treten und die Möglichkeiten einer gemeinsamen Teeraktion zur Erhaltung unserer Gemeindestraßen zu prüfen. Es soll eine schnellstmögliche Aufnahme und Klassifizierung der vorhandenen Schäden erfolgen, damit die Höhe der Schäden insgesamt ermittelt werden kann. Das Ergebnis ist der Gemeindevertretung mitzuteilen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

## **10. Anfragen**

### **1. Schriftliche Anfragen:**

- a) Die Anfrage der SPD-Fraktion wurde von Herrn Wenz (Fraktionsvorsitzender) vorgestellt:

Bei der Nutzung der gemeindeeigenen Fahrzeugen werden den Vereinen und Verbänden inzwischen wegen der Übernahme der Selbstbeteiligungskosten im Schadensfall auch Nutzkosten erhoben.

Für eine 3-stündige Nutzung sollen je 5,-- €, für eine halbtägige Nutzung 10,-- € und für eine Ganztägige 20,-- € bei den Nutzern erhoben werden.

In diesem Zusammenhang bittet seine Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann wurde diese Regelung entschieden?
2. Ist eine Veröffentlichung im Mitteilungsblatt vorgesehen?
3. Welche kalkulatorische Berechnungen liegen dem gestaffelten Nutzungsentgelt zugrunde?
4. Ist die Erhebung solcher Nutzungskosten mit dem § 121 HGO (wirtschaftliche Betätigung) vereinbar?

5. Sind Feuerwehren und Vereine auch entgeltpflichtig, wenn die Nutzung im Zusammenhang mit deren Jugendabteilungen steht?

Bürgermeister Eidam antwortete dazu wie folgt:

Zu 1: Die Regelung wurde im Januar 2011 eingeführt.

Zu 2: Bisher erfolgte keine Veröffentlichung im Mitteilungsblatt. Wenn dies gewünscht sei, könne das natürlich nachgeholt werden.

Zu 3: Eine Kalkulation der zu entrichtenden Beträge wurde nicht vorgenommen. Diese Beträge sollten lediglich als geringer Deckungsbeitrag angesehen werden.

Zu 4: Wirtschaftliche Betätigungen der Kommunen werden grundsätzlich kritisch gesehen. Meines Erachtens hat die Vorschrift hier eine untergeordnete Bedeutung. Wir betreiben hier insbesondere keine kommunale Unternehmung. Eine geldwerte Leistung ist selbstverständlich unumstritten. Insoweit könnte es dazu kommen, dass ein Unternehmen, welches vergleichbare Fahrzeuge verleiht, sich über diese Konkurrenzsituation beschwert. Meines Erachtens erscheint auch eine solche potentielle Beschwerde nicht stichhaltig, da in der freien Wirtschaft ein Vielfaches des Nutzungsentgeltes, bezogen auf unsere geringfügige pauschale geldwerte Leistung, erhoben wird.

Zu 5: Nein.

Es wurde sich darauf geeinigt, bis zur Klärung der rechtlichen Grundlage auf Erhebung des geringfügigen Nutzungsentgeltes zu verzichten.

- b) Herr Rainer Pfeffer stellte die Anfrage seiner Fraktion vor:  
Nachdem aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion vom 24.02.2010 vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Gemeinde Weimar der Förderantrag auf Leadermittel zum Bau einer öffentlichen Toilettenanlage in Verbindung mit der Schaffung von Parkmöglichkeiten am Bürgerhaus Roth in der Sitzung der Gemeindevertretung am 06.05.2010 zurückgenommen wurde, wurde der Gemeindevorstand gleichzeitig beauftragt, eine kostengünstige Lösung für die notwendige Erweiterung des Parkplatzes zu suchen. Mit einem weiteren Antrag der CDU-Fraktion vom 17.08.2010 wurde der Gemeindevorstand aufgefordert, die baurechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des Parkplatzes am Bürgerhaus in Roth zu schaffen.

Auf eine mündliche Anfrage zum Sachstand der Vorarbeiten zur Parkplatzerweiterung in der Gemeindevertretung bekamen wir seinerzeit vom damaligen Bürgermeister Muth nur die Antwort, dass die Sache in Arbeit sei. Für seine Fraktion stellen sich folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand für die Parkplatzerweiterung am Bürgerhaus Roth?
2. Was wurde in der oben genannten Sache unternommen, um Bürger und Vereine mit Eigenleistungen für ein solches Projekt zu gewinnen?

## 3. Gibt es die Möglichkeit einer finanziellen Förderung dieses Projektes?

Bürgermeister Eidam antwortete wie folgt:

Zu 1: Es liegen Angebote zur Planung und Bauleitung vor. Weiteres wurde bisher nicht unternommen.

Zu 2: Bürgermeister Eidam konnte hierzu keine Angaben machen.

Zu 3: Fördermittel sind prinzipiell über Leader-Mittel möglich. Hierzu ist der Beschluss des Vorstandes der Region Marburger Land notwendig. Die nächste Sitzung werde am 08.04.2011 stattfinden.

Die Parkplatzenerweiterung sei als Einzelmaßnahme förderfähig lt. Fachdienst Regionalentwicklung

Es werde eine fachgerechte Ausführung des Projekts gefordert.

Planung und Bauleitung müssen übernommen werden.

Allerdings liege der Parkplatz auf einer ökologisch wertvollen Fläche, so dass eine Ausgleichsmaßnahme aufgrund der Versiegelung gefordert werde.

Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) stellte erfreut fest, dass die Maßnahme nun doch förderfähig sei. Schnellstmöglichst sollte ein entsprechender Antrag auf Gewährung von Fördermitteln gestellt werden, damit die Maßnahme vorangetrieben werden könne.

## 11. Verschiedenes

a) Der Vorsitzende gab folgende Termine bekannt:

25.03.11	Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Weimar in Niederwalgern,
27.03.11	Kommunalwahl,
28.04.11	Konstituierende Sitzung.

b) Herr Hoß bedankte sich für die Zusammenarbeit in der letzten Legislaturperiode. Natürlich habe es unterschiedliche Meinungen und kontroverse Diskussionen gegeben, jedoch stets mit dem Ziel, für die Gemeinde Förderliches zu erreichen. Er dankte den Bediensteten in der Verwaltung, die stets zur kooperativen Zusammenarbeit bereit gewesen seien.

Ende der Sitzung: 22.00 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Im Original unterschrieben

Im Original unterschrieben

Heijo Hoß

Rita Rohrbach